

INHALT

1. CDU-Fraktion stellt Antrag zum Nachtragshaushalt für mehr Lehrer und bessere Infrastruktur
2. Lehrkräfteausbildungsgesetz steht vor der Verabschiedung
3. CDU weist Finanzministerin Rechenricks zur Schönung des Haushalts nach
4. Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister wirbt für Verlegung von Hafenumschlag nach Niedersachsen
5. NDR-Info widmet Wende eine Glosse
6. Ausblick auf Juli-Landtagssitzung

04.07.2014

CDU-Fraktion stellt Antrag zum Nachtragshaushalt für mehr Lehrer und bessere Infrastruktur
Vorschlag ist komplett gegenfinanziert



Finanzpolitiker Tobias Koch, MdB

Im Vergleich zum Jahr 2012 haben SPD, Grüne und SSW dieses Jahr 730 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Die Ausgaben für Bildung wurden im gleichen Zeitraum nicht erhöht, die Investitionsquote wurde gesenkt. Mit acht Prozent erfahren ausgerechnet die Verwaltungskosten die größte Steigerung.

Mit einem Nachtragshaushalt will die CDU-Fraktion jetzt Druck auf die Regierung ausüben: „Grüne und SSW müssen deshalb niemandem erzählen, dass kein Geld für mehr Lehrer und bessere Straßen da ist. Sie setzen einfach die falschen Prioritäten“, begründete CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen den Antrag seiner Fraktion (siehe

unten).

Die CDU fordert ab August diesen Jahres 400 zusätzliche Lehrerstellen. Mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion würde die von der Landesregierung vorgesehene Kürzung von 135 Stellen bei den Gymnasien vollständig rückgängig gemacht. Die Gemeinschaftsschulen würden ebenfalls mit 134 Lehrerstellen bedacht. Im Unterschied zum Ansatz der Landesregierung sollen vom CDU-Antrag darüber hinaus auch Grundschulen, Förderschulen, Regionalschulen und Berufsbildende Schulen profitieren.

„Damit würde nicht nur weniger abgebaut, sondern tatsächlich mehr Stellen geschaffen. Das ist wegen der rot/grün/blauen Bildungsreformen auch bitter nötig“, so Callsen.

„Selbstverständlich machen wir dazu auch einen Deckungsvorschlag. Im Haushaltsjahr 2014 finanzieren wir die Stellen aus nicht benötigten Mitteln zur Absicherung gegen den Zinsanstieg. Ab 2015 aus den vom Bund zur Verfügung gestellten Bafög-Mitteln“, erläuterte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch.

Darüber hinaus fordert die CDU-Fraktion mit ihrem Nachtragshaushalt 4,75 Millionen Euro, um die Landesstraßen winterfest zu machen.

Die Anstrengungen des Verkehrsministers beschränken sich darauf, die Schlaglöcher zu erfassen. Wir wollen möglichst viele schließen, bevor der Winter die Straßen komplett zerstört“, so Callsen.

Die Deckung für die zusätzlichen Straßenbaumittel ergäbe sich aus der im Nachtragshaushaltentwurf der Landesregierung vorgesehenen Reduzierung der Mittel für Hochbaumaßnahmen.

"Die von SPD, Grünen und SSW ohnehin auf immer neue Rekordtiefstände abgesenkte Investitionsquote darf nicht noch weiter sinken. Wenn die Landesregierung es nicht schafft, die für Investitionen in Gebäude bereitgestellten Mittel zu verbauen, dann muss dieses Geld für die dringend benötigten Investitionen in Landesstraßen umgewidmet werden", so Koch.

Link zum Antrag:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/14-07-02-Aenderung-nachtrag-2014.pdf>

Lehrkräfteausbildungsgesetz steht vor der Verabschiedung SPD, Grüne und SSW setzen sich über Kritik hinweg

SPD, Grüne und SSW haben in dieser Woche die letzten Weichen für die Verabschiedung des Lehrkräfteausbildungsgesetzes gestellt. Die Abgeordneten der Regierungsfaktionen „entkräfteten“ die Kritik des Landesrechnungshofes an den Kostenschätzungen damit, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung bei diesem Gesetz gar nicht richtig möglich sei. Im Bildungsausschuss erklärten sie angesichts der Kritik der Opposition, diese habe die Anhörung wohl „selektiv wahrgenommen“. Auf die nach wie vor deutliche Kritik aus der Wissenschaft und von den Studierenden gingen sie gar nicht erst ein. Diese warnen mittlerweile vor massiven Abwanderungen von Lehramtsstudenten. Das Schleswig-Holstein Magazin stellte am Abend der Ausschusssitzung in einem Bericht die wesentlichen offenen Fragen dar.

„Vorletzte Woche hat Ministerpräsident Torsten Albig sachlich begründete Kritik an dem Gesetzesvorhaben als dumm, töricht und respektlos bezeichnet. Heute wurde uns von Mitgliedern der Regierungsfaktionen großzügig zugestanden, hinsichtlich der

Anhörungsergebnisse der vergangenen Woche eine selektive Wahrnehmung zu haben. Diese Argumentation war angesichts der massiven Kritik von nahezu allen Seiten der einzig verbleibende Weg für SPD, Grüne und SSW, ihr Vorhaben durchzuwinken“, erklärte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther.

Spätestens dieser Gesetzgebungsprozess entlarve die angebliche Dialogbereitschaft der Albig-Regierung endgültig. „Die Auswirkungen dieses Gesetzes werden verheerend für die Bildung in Schleswig-Holstein sein. Verantwortlich dafür sind alle, die kommende Woche die Hand für dieses Gesetz heben“, so Günther.

Link zum Bericht des Schleswig-Holstein Magazins:

http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/schleswig-holstein_magazin/Weiter-Streit-um-Lehrerbildung,shmag28764.html



Hochschulpolitiker Daniel Günther, MdL

CDU weist Finanzministerin Rechenricks zur Schönung des Haushalts nach Heinold rechnet in drei Jahren 600 Millionen Euro dazu

In dieser Woche kam der Finanzausschuss zusammen um über eine Änderung des Konjunkturbereinigungsverfahrens zu beraten. Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich echter Zündstoff für den Haushalt. CDU-Finanzexperte Tobias Koch wies in dieser Woche nach, dass die Finanzministerin in den kommenden drei Jahren allein durch Rechenricks den Haushalt um 600 Millionen Euro „aufbessert“.

„Anders kann sie die Ausgabenwünsche von SPD, Grünen und SSW nicht bedienen, ohne die Vorgaben der Schuldenbremse zum Abbau des strukturellen Haushaltsdefizit zu reißen“, warf Koch Heinold vor.

Das hat nicht nur in den jetzigen guten Einnahmezeiten Auswirkungen. Denn die von Heinold vorgenommenen Methodenwechsel reduzieren das strukturelle Defizit. Die Folge: wenn dann die Einnahmen einbrechen dürfen mehr Schulden gemacht werden, als nach der alten Berechnungsweise.

„Heinold stellt in guten Zeiten die Weichen, um die Schuldenbremse in schlechten Zeiten umgehen zu können“, stellte Koch klar.

Rückendeckung zieht der CDU-Abgeordnete aus einer Stellungnahme des Landesrechnungshofes. Dieser hält Änderungen an dem bisherigen Verfahren nicht für

notwendig. Die Begründung der Regierung, die jetzige Berechnungsmethode würde keine Symmetrie der Konjunkturkomponenten gewährleisten, wird vom Rechnungshof klar widerlegt. Stattdessen warnen die Rechnungsprüfer davor, dass die Änderung der Schätzung der Trendsteuereinnahmen ein Risiko darstelle.

„Die Landesregierung betreibt Haushaltskonsolidierung nur auf dem Papier. Echte Einsparungen gibt es nicht. Stattdessen wollen SPD, Grüne und SSW mehr Geld für rot/grün/blau Lieblingprojekte wie den Ausbau der Flensburger Universität und die Bürokratiekosten des Landesmindestlohngesetzes ausgeben“, so Koch.

Link zum Urteil des Landesrechnungshofes:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/2900/umdruck-18-2985.pdf>

Nähere Erläuterungen zur geplanten Veränderung der Berechnungsmethode:

http://www.cdu.ltsh.de/media/14-07-04_berechnungsmethoden.pdf

Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister wirbt für Verlegung von Hafenumschlag nach Niedersachsen CDU: Ministerpräsident Albig muss Meyer stoppen



Verkehrspolitiker Hans-Jörn Arp, MdL

Es kommt selten vor, dass CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp sprachlos ist. Bei der Lektüre der Kieler Nachrichten am 01. Juli war es kurzzeitig soweit.

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer hatte angesichts der Beschwerden der Logistikunternehmen im Land über die schwierige Verkehrslage in Schleswig-Holstein angeregt, über ein Ausweichen des Umschlags von Hamburg auf den Jade-Weser Port in Wilhelmshaven eine Entschärfung der Lage zu erreichen.

Arp forderte daraufhin Ministerpräsident Albig auf, Wirtschaftsminister Reinhard Meyer an dessen Amtspflichten zu erinnern: „Die Antwort der Regierung auf die verkehrspolitischen Probleme in Schleswig-Holstein kann doch nicht ernsthaft die Empfehlung an Unternehmen sein, ihre Tätigkeit in andere Bundesländer zu verlegen. Nichts anderes bedeutet diese Bankrotterklärung des Wirtschaftsministers. Der Hamburger Hafen ist schließlich der größte Arbeitgeber für Schleswig-Holstein.“

Gerade erst habe sich der Steinburger Kreistag dafür ausgesprochen, den Brunsbütteler Hafen auszubauen. Und nun fordere der Wirtschaftsminister die Unternehmen dazu auf, doch bitte abzuwandern. „Das ist unterirdisch“, so Arp.

Grund für Meyers Vorschlag, waren Forderungen der Spediteure nach einer Lockerung des Ferien- und Sonntagsfahrverbot. Wegen der mittlerweile unzumutbaren Verkehrslage würden einige Spediteure sogar eine Stau-Transportgebühr von 75 Euro pro Fahrt von ihren Kunden fordern.

NDR-Info widmet Wende eine Glosse

Mit Rechtschreibfehlern gespickter Brief der Bildungsministerin erreicht Finanzausschuss knapp 90 Minuten vor Sitzungsbeginn

NDR-Info stellte Bildungsministerin Waltraud Wende heute unter anderem in eine Reihe mit Edmund Stoiber, Guido Westerwelle und Dirk Niebel. Gefreut haben wird sie dies allerdings nicht. Denn sie fand sich in der Glosse (Link siehe unten) von Okke Bandixen wieder. Wendes jüngstes Fettnäpfchen – ein Brief an den Bildungsausschuss voller Rechtschreibfehler (Link siehe ebenfalls unten) - stellte der in eine Reihe mit Stoibers legendären Versprechern von der „lodernen Glut“ und Niebels Teppichkauf in Afghanistan.

Mit dem Brief versuchte sie die Kritik des Rechnungshofes zu entkräften, das Zustandekommen des Lehrkräftebildungsgesetzes verstoße wegen nicht nachgewiesener Wirtschaftlichkeit gegen die Landeshaushaltsordnung. Die Argumentation der Bildungsministerin – in der Bildungspolitik sei ein Nachweis der Wirtschaftlichkeit nicht möglich – war für SPD, Grüne und SSW in der Finanzausschusssitzung dieser Woche ausreichend, um das Gesetz durchzuwinken.

Der Brief erreichte die Abgeordneten am 03. Juli um 07:36 – um 09:00 Uhr begann die Ausschusssitzung.

Zum Radiobeitrag:

<http://www.ndr.de/info/Die-peinlichen-Fehler-der-Politiker,audio208352.html>

Link zum Brief:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/140702briefIIIMLehrBG.pdf>

Ausblick auf Juli-Landtagssitzung

Lehrkräftebildungsgesetz und der Nachtrag zum Haushaltsplan 2014 stehen im Fokus

Vom 9.-11. Juli wird im Kieler Landtag die nächste Landtagssitzung stattfinden. Die CDU-Fraktion hat eine Reihe von Anträgen auf den Weg gebracht, über die die Abgeordneten diskutieren werden. Auf Initiative der CDU-Fraktion stehen unter anderem folgende Themen auf der Tagesordnung: Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes, Gesetzentwurf zur Senkung der Bürokratiekosten und die Gründung einer norddeutschen Allianz zur Ausrichtung der Olympischen Spiele und der Paralympics.

Link zur Tagesordnung:

http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infothek/wahl18/plenum/tagesordnung/2014/to_18-023_07-14.pdf

Link zum ParlaTV, das ab 10 Uhr die Landtagssitzung überträgt:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/parlatv/index.html>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de